

Unheilbar schwul. Unbelehrbar lesbisch.

Aufruf zur Teilnahme an den CSD-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen

40 Jahre nach den sozialen Unruhen in der Christopher Street in New York, mit denen sich schwule Männer und lesbische Frauen entschieden gegen staatliche Repression und Unterdrückung wehrten, finden weltweit, auch in zahlreichen Städten Nordrhein-Westfalens, Paraden, Straßenfeste und Veranstaltungen zum Christopher-Street-Day statt. DIE LINKE.NRW unterstützt diese Veranstaltungen und ruft zur Teilnahme an den CSDs auf.

DIE LINKE.NRW beobachtet mit Sorge, dass Errungenschaften der Lesben- und Schwulenbewegung in letzter Zeit zunehmend zur Disposition gestellt werden.

- An Universitäten, auf kirchlichen Veranstaltungen und in der CDU wird offensiv über Möglichkeiten der „Eindämmung“ und „Heilung“ schwuler Männer und lesbischer Frauen diskutiert.
- Im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren werden HIV-Infizierte öffentlich geoutet und vorverurteilt. Ein SPD-Bundestagsabgeordneter darf HIV-Infizierte ohne Konsequenzen als „Bio-Waffen“ bezeichnen.
- Aus öffentlichen Mitteln geförderte Projekte der Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegung sind angesichts der fatalen finanziellen Situation der Kommunen in ihrer Existenz gefährdet.

Diese Entwicklungen laufen nicht zufällig parallel zur größten Weltwirtschaftskrise seit 80 Jahren: vielmehr gehen wirtschaftliche Krisen immer mit dem Abbau demokratischer Grundrechte und sozialer Errungenschaften einher. DIE LINKE kämpft gegen dies Entwicklungen, sie tritt ein für einen „Schutzschirm für Menschen“, nicht für die Schutzschirme für Banken und Konzerne.

Schutzschirm für Lesben, Schwule und Transgender:

DIE LINKE.NRW setzt sich ein

- für eine Entschädigung der Opfer des §175 auch für die Zeit von 1945 bis 1969. Die von den Nazis 1935 verschärfte Fassung des antischwulen Sonderparagraphen galt bis vor 40 Jahren auch in der Bundesrepublik. Das Leben zahlreicher schwuler Männer wurde hierdurch zerstört. Wir sind entsetzt darüber, dass CDU, SPD und FDP die Entschädigung dieser Opfer des §175 im Deutschen Bundestag auch im Mai 2009 noch abgelehnt haben.
- für eine Sozialpolitik, in der die unterschiedlichen Lebensweisen finanziell gleich behandelt werden. Für uns heißt das: das Ehegattensplitting und weitere Eheprivilegien gehören abgeschafft. Eine solche Politik ermöglicht die Gleichbehandlung unterschiedlicher Lebensweisen und verhindert finanzielle Abhängigkeiten in Partnerschaften.
- für eine umfassende Reform des Transsexuellengesetzes: Transsexuelle und Transgender müssen das Recht haben, ihre Lebensweise selbst zu bestimmen – in ihrer Identität bei der Ausgestaltung ihrer Geschlechtsrolle wie auch bei ihrer Partnerwahl. Auch Menschen mit „uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen“ (Intersexuelle) besitzen ein Recht auf körperliche Unversehrtheit; wir lehnen medizinische Operationen und Hormongaben ohne Einwilligung der Betroffenen und deren Erziehungsberechtigten ab.
- für die Anerkennung der Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung bzw. Identität als Asylgrund. Lesben und Schwulen werden weltweit in rund 80 Staaten strafrechtlich verfolgt, wobei insbesondere Transgender in vielen Ländern massiven Übergriffen ausgesetzt sind - bis hin zu Folter und Mord.
- für die Fortführung und Verstärkung einer repressionsfreien HIV- und AIDS-Prävention, eine umfassendere schulische Sexualaufklärung und eine bessere öffentliche Förderung von Projekten der Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegung.